

- 82) ZHRMGHG fagui xuanji ("Sammlung von Gesetzen und Regelungen der VR China"), Beijing 1956, S.127-135, fortan FGXJ.
 83) FGXJ, S.136-159.
 84) Ebenda, S.151.
 85) Ebenda, S.165-196.
 86) Ebenda, S.197-219.
 87) RMRB, 9.4.58.
 88) XNA, 25.8.81, zit. nach SWB, 29.8.81.
 89) XNA, 3.1.84.
 90) XNA, 1.2.83.
 91) XNA, 24.4.84.
 92) All diese Studien sind abgedruckt in: Fei Xiaotong, "Chinese Village Closed-up", Beijing 1983, S.16 ff., 158 ff., 197 ff. und 211 ff.
 93) Vgl. z.B. ebenda, S.169 und 180.
 94) Ebenda, S.203.
 95) Ebenda, S.208.
 96) BRu 1985, Nr.14, S.26.
 97) Ebenda, S.27.
 98) XNA, 13.2.85; C.a., Februar 1985, Ü 41.
 99) Abgedruckt in: RMRB, 22.10.84.
 100) BRu 1986, Nr.44, S.18.
 101) Angaben des Leiters des Staatlichen Amtes für Bodenverwaltung, Wang Xianjin, in: BRu 1986, Nr.52, S.5.
 102) Nr.20, 6.10.81.
 103) GMRB, 4.9.83; C.a., Oktober 1983, Ü 44.
 104) BRu 1984, Nr.3, S.11.
 105) RMRB, 24.4.81.
 106) GB 1986, S.243.
 107) BRu 1986, Nr.3, S.18.
 108) BRu 1986, Nr.44, S.30.
 109) Näheres dazu mit Nachweisen in: C.a., Juni 1986, Ü 36.
 110) XNA, 18.5.85; C.a., Mai 1985, Ü 36.
 111) C.a., Januar 1982, Ü 20.
 112) RMRB, 22.2.84.
 113) RMRB, 11.4.84, S.2.
 114) RMRB, 3.1.84, S.1.
 115) Dazu BRu 1986, Nr.37, S.22 f.
 116) Ebenda, S.23.
 117) Vgl. u.a. BRu 1984, Nr.15, S.4, 31.

YU-HSI NIEH

Politische Liberalisierung in Taiwan

Rückblick auf das Jahr des Tigers und Ausblick auf das Jahr des Hasen

I. Weichen für den Liberalisierungskurs

Das Neujahr nach dem traditionellen chinesischen Mondkalender fiel in diesem Jahr auf den 29. Januar. Volkstümlich wird in China jedes Jahr mit dem Namen eines Tieres bezeichnet; insgesamt sind es zwölf Tiere, die einen Zyklus ergeben, und zwar in der Reihenfolge: Ratte, Ochse, Tiger, Hase, Drache, Schlange, Pferd, Schaf, Affe, Hahn, Hund und Schwein. 1984 war wieder der Anfang eines neuen Reigens. Nach Ratte, Ochse (1985) und Tiger (1986) wird 1987 durch den Hasen symbolisiert.

Aus diesen Tierkreiszeichen ist auch das chinesische Horoskop entwickelt worden. Danach wird nicht nur das Schicksal des einzelnen Menschen, sondern auch der Ausgang aller Ereignisse während des Jahres vom Charakter des jeweiligen Tieres positiv oder negativ bestimmt. Mag dies auch ein Aberglaube sein, so hat doch auch der Aberglaube manchmal einen psychologischen Einfluß im Leben. So scheint, Zufall oder nicht, das Horoskop für Taiwan, wo der traditionelle Glaube mit dem steigenden sozialen Wohlstand merklich wiederbelebt worden ist, im Ablauf der letzten beiden Jahre nicht ganz unzutreffend zu sein.

Politisch wie wirtschaftlich befand sich die Insel noch 1985, im Jahr des Ochsen, infolge einer Reihe von Problemen und Skandalen auf einem Tiefpunkt. Es war von Vertrauenskrise die Rede, da die Regierung bei der Überwindung der dringenden Probleme buchstäblich "wie der Ochs vorm Berge" stand.

Im Jahr des Tigers, 1986, gewann die Entwicklung überraschend wieder an Kraft. Sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich wurden die Weichen für einen neuen liberalen Kurs gestellt. Im Hinblick auf das laufende Jahr wird erwartet, daß der Hase auch gut läuft, aber er hat ganz bestimmt nicht die Schwungkraft wie

der Tiger. Denn der Hase ist ja "hasenfüßig". Mit anderen Worten, die Weichen für die Liberalisierung sind zwar gestellt, doch ist der Kurs noch nicht ganz stabil. Es geht immer noch um eine Probefahrt; so sind auch Pannen nicht ausgeschlossen.

II. Innenpolitik

Die größten Ereignisse auf der Insel im Jahr des Tigers waren die Ankündigung einer baldigen Aufhebung des fast 40 Jahre lang andauernden Ausnahmezustands und die Geburt der Oppositionspartei "Minzhu-jinbu Dang" (Demokratische Fortschrittspartei, nachfolgend MJD). Damit ist ein Umbruch der politischen Landschaft eingetreten.

Noch vor dem Rückzug der Guomintang-Regierung (Kuomintang, nachfolgend GMD) nach Taiwan hatte das Oberkommando auf der Insel angesichts der bedrohlichen Lage im Bürgerkrieg gegen die Kommunisten auf dem chinesischen Festland den Ausnahmezustand über die Region Taiwan verhängt, und am 2. November desselben Jahres erklärte der Exekutiv Yuan (Kabinett der Republik

China) das Gesamtgebiet Chinas einschließlich Taiwans zum Kriegsgebiet (Jiezhhan-diqu). Da der Bürgerkrieg praktisch längst zum Waffenstillstand gekommen und das soziale Leben zusammen mit dem steigenden Wirtschaftswohlstand ständig stabiler geworden ist, hielten viele den "ewigen" Ausnahmezustand für ein großes politisches Übel, das dem Ruf der GMD-Regierung im Inland wie im Ausland sehr schadete. Zwar ist das alltägliche Leben der meisten Einwohner, wie die Regierung argumentiert, nicht besonders eingengt, doch gab und gibt es Pressezensur und "Parteiverbot" (Untersagung neuer politischer Parteien). Vor allem wurde das Notstandsgesetz des häufigen als Mittel zur Unterdrückung von Regierungskritikern mißbraucht.

1986 folgte die politische Wende auf die Rückschläge des Vorjahres: Anfang 1985 wurde die Verwicklung des Geheimdienstes Taiwans in einen Mord in den USA an Henry Liu, dem Autor einer kritischen Biographie über Präsident Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) offiziell bestätigt; die Zahlungsunfähigkeit der zehnten Kreditgenossenschaft infolge wiederholt skandalöser Geldmanipulationen, die

von der Regierung jahrelang heimlich geduldet worden waren, erschütterte die Öffentlichkeit und brachte schließlich eine Regierungskrise; die wirtschaftliche Entwicklung erlitt einen scharfen Knick durch Zurückhaltung bei Investitionen und den Rückgang der Exporte. Um die aus all diesen sowie anderen mißlichen Umständen entstandene Vertrauenskrise zu beseitigen, drängten nicht nur die Oppositionellen, sondern auch immer mehr Regierungsanhänger auf eine politische Reform. Auch hat die Regierung in Taipei sicherlich die Revolution auf den Philippinen im Februar 1986, bei der das Regime des Diktators Ferdinand Marcos durch die "Macht des Volkes" gestürzt worden war, als eine Warnung genommen.

Auf der 3. Plenarsitzung des 12. ZK der GMD zwischen dem 29. und 31. März 1986 wurde noch kein Signal zur politischen Kursveränderung gegeben. Es folgte in den nächsten Monaten ein Nervenkrieg zwischen der GMD als Regierungspartei und der Dangwai, also der parteilosen Opposition. Trotz der wiederholten Betonung des Parteiverbots seitens der Regierung forcierten die führenden Oppositionellen, ermutigt durch den Vorgang auf den Philippinen, die Taiwan benachbart liegen, ihren Plan, eine neue Partei zu bilden. Zuerst wurde der Versuch der Gründung einiger neuer Zweigstellen der oppositionellen Organisation "Dangwai Gongzhenghui" (Forschungsgesellschaft der Parteilosen für öffentliche Politik), die von der Regierung bisher zwar nicht genehmigt, aber doch seit mehreren Jahren geduldet worden war, gewaltsam verhindert.

Das politische Tauwetter machte sich erst bemerkbar, als die GMD von sich aus Kontakt mit der Opposition suchte. Bei der ersten Begegnung beider Seiten am 10. Mai 1986 sagte die GMD prinzipiell zu, die Gründung von Zweigstellen der oppositionellen Organisation nicht mehr zu verhindern, allerdings unter der Bedingung, daß man bei der Benennung die Schriftzeichen "Dangwai" (parteilos) weglasse, weil diese bereits zum Begriff einer Oppositionspartei geworden seien. Dies lehnten die Regierungsgegner ab. Sie gründeten nicht nur demonstrativ eine neue Zweigstelle der "Dangwai Gongzhenghui" in der Hauptstadt Taipei am 17. Mai, sondern wagten es zwei Tage danach, am 19. Mai, in derselben Stadt sogar eine offene Demonstration gegen

den Ausnahmezustand unter der Bezeichnung "Grüne Aktion" zu veranstalten. Zwar haben 1.200 Polizisten 100 Demonstranten den ganzen Tag in einem Tempel eingekesselt, doch wurde keiner danach unter der Beschuldigung der Rebellion verhaftet, wie es früher bei ähnlichen Situationen der Fall war.

Den ganzen Sommer durch herrschte ein politisches "Aprilwetter". Nach dem wieder ergebnislosen zweiten inoffiziellen Gespräch vom 24.5.1986 zwischen Vertretern der Regierungspartei und der Opposition wurden am 30.5. drei bekannte Oppositionelle, Chen Shui-pian, Huang Tianfu und Li Yiyang, vom Oberlandesgericht in Taipei unter der Beschuldigung der Beleidigung eines regierungsfreundlichen Professors in ihrer Zeitschrift "Penglaiddao" jeweils zu acht Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt; und am 5. Juni wurde ferner der Organisator der genannten Demonstration vom 19. Mai, Zheng Nanrong, verhaftet, allerdings unter der Beschuldigung des Verstoßes gegen das Wahlgesetz einige Monate zuvor. Die Opposition warf der Regierung Justizmanipulation vor. Am 9. Juni veranstalteten Chen, Huang und Li vor ihrem Haftantritt eine Reihe von "Abschiedsfeiern" in der Hauptstadt, an denen Tausende von Menschen teilnahmen.

Nachdem die Opposition der Dangwai aus Protest weitere Gespräche mit der GMD verweigert hatte, signalisierte diese am 20. Juni überraschend die Bereitschaft, eine allgemeine politische Reform einzuleiten. Es wurde bekanntgemacht, daß eine zwölfköpfige Ad-hoc-Gruppe des Ständigen Ausschusses des ZK der GMD mit der Aufgabe der Diskussion einer politischen Reform die bezügliche Thematik festgelegt habe: Neben den Fragen des vierzig Jahre lang nicht erneuerten Staatsparlaments und der unvollständigen Wahlen auf der lokalen Ebene stehen auch Überlegungen zur Aufhebung des Ausnahmezustands sowie Zulassung neuer politischer Organisationen auf der Tagesordnung. Andererseits wurden aber andere Oppositionelle verhaftet. Besonders das Urteil des Amtsgerichts Taipei vom 3. September gegen Lin Zhengjie, einen oppositionellen Abgeordneten im Stadtparlament Taipei, von anderthalb Jahren Freiheitsstrafe, ebenfalls mit der Beschuldigung der Verletzung des Wahlgesetzes,

löste in einigen Städten über mehrere Wochen eine Kette von Massendemonstrationen aus.

Ende September und Anfang Oktober erreichte die Zerreißprobe einen Höhepunkt. Eine Gruppe der Oppositionsanhänger, die Lin zum Haftantritt am 27. September begleitete, attackierte vor und in dem Gerichtsgebäude die Justiz mit Beleidigungstransparenten und Schimpfparolen. Am folgenden Tag, dem 28. September, wagten 135 Regierungsgegner trotz des Verbots, die neue Partei MJD in der Hauptstadt zu gründen. In beiden Fällen reagierte die Regierung ungewöhnlich behutsam. Zwischen dem 29. September und 1. Oktober berief Staatspräsident Jiang die führenden Politiker und Generäle der Regierung, Regierungspartei, Streitkräfte und Sicherheitsbehörden zu einer außerordentlichen Sitzung ein. Dabei soll er den neuen Kurs zur politischen Liberalisierung und Demokratisierung angewiesen haben. Daraufhin beschloß die genannte zwölfköpfige Ad-hoc-Gruppe am 4. Oktober die Grundzüge eines nationalen Sicherheitsgesetzes für die Zeit nach einer Aufhebung des Ausnahmezustandes zur Diskussion. Danach sollen Zivilpersonen nicht vor dem Militärgericht angeklagt werden. Ferner war auch von den Bürgerrechten auf freie Versammlung, Vereinigung, Petition und Demonstration mit Genehmigung der Sicherheitsbehörde die Rede. Über die Zulassung von neuen Parteien und deren politischen Aktivitäten wurde in dem Beschluß vorgeschlagen, "das Gesetz über die Organisationen von Bürgern während der außerordentlichen Periode" und "das Wahlgesetz für die Periode der Mobilmachung zur Bekämpfung der Rebellion" zu ändern.

Zuerst wurden die Beschlüsse allgemein als ein Manöver der GMD angesehen, die sich zuspitzende Konfrontation zu dämpfen. Daher war man überrascht, als Staatspräsident Jiang am 7. Oktober in einem Interview mit der *Washington Post* und *Newsweek* ankündigte, noch möglichst bald den Ausnahmezustand zu beenden und die Bildung neuer politischer Organisationen zu erlauben. Allerdings machte er ebenfalls die Ausarbeitung eines nationalen Sicherheitsgesetzes zur Voraussetzung für die Aufhebung des Ausnahmezustandes und nannte drei Vorbedingungen für die Gründung neuer Parteien: Respektierung der Verfassung und des Staatssystems, Antikommunismus

sowie Ablehnung des Separatismus der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung (d.h. gegen einen Verzicht auf eine chinesische Wiedervereinigung).

Am 10. November veranstaltete die MJD ihren ersten Parteitag in Taipei, an dem 165 Delegierte teilnahmen. Neben der Verabschiedung eines Parteistatuts wurden noch am selben Tag ein 31köpfiges Exekutivkomitee, ein elfköpfiger Beirat und ein Parteivorsitzender, Jiang Pengjian (46), gewählt. Die Mitglieder der MJD sind fast alle einheimische Taiwanesen. Im Parteistatut werden eine Beendigung der Konfrontation zwischen beiden Ufern der Taiwan-Straße, also Einstellung des Bürgerkriegszustandes zwischen der GMD und den Kommunisten, sowie eine friedliche Lösung der Wiedervereinigungsfrage auf der Basis der "freiwilligen Selbstbestimmung aller Einwohner", mit anderen Worten ein Volksentscheid Taiwans über seine eigene Zukunft, gefordert. Außerdem hat die Partei die Landkarte der Insel Taiwan zum Symbol auf ihrer Partei-Flagge genommen. Daraufhin wurde die MJD in der von der Regierung und Regierungspartei beeinflussten Presse bezichtigt, Separatismus zu betreiben und damit die vom Staatspräsidenten genannten Bedingungen von vornherein nicht erfüllt zu haben.

Obwohl die Regierung die MJD weiterhin als illegal betrachtet, beteiligte sich diese kurz nach ihrer Gründung aktiv an den Wahlen von "zusätzlichen Abgeordneten" zum Staatsparlament am 6. Dezember. Die Lage wurde dadurch noch gespannter, daß einige in den USA im Exil lebende Regierungsgegner, vor allem der noch immer auf der Fahndungsliste stehende "Rebell" und ehemalige gewählte Kreisleiter von Taoyuan, Xu Xinliang, während der heißen Periode des Wahlkampfes versuchten, nach Taiwan zurückzukehren und noch im Flughafen von der Regierung wieder ins Ausland abgeschoben wurden. Die Opposition erhielt insgesamt 30,13% der abgegebenen Stimmen bzw. 20% der gewählten Mandate, davon entfielen 22,17% bzw. 16% auf die MJD. Rein rechnerisch gesehen zeigte das Ergebnis im Vergleich zum Ausgang der Kommunalwahlen am 1. Februar 1986 keine große Veränderung der Stimmenverhältnisse zwischen der GMD und der Opposition. Allerdings wurde das Abschneiden der MJD bei den letzten Wahlen allgemein für auffällig angesehen und sogar

von der Regierung und der GMD beachtet, weil zahlreiche oppositionelle Kandidaten in ihrem Wahlbezirk die höchste oder eine relativ hohe Stimmenzahl erhalten hatten und weil sich in dem wichtigsten Haus des Parlaments, dem Gesetzgebungsyuan, die Sitze der aktiven Oppositionellen von 6 auf 13 erhöht hatten.

Zahlenmäßig hat die MJD mit noch nicht 5% der insgesamt 324 Sitze immer noch eine schwache Position im Gesetzgebungsyuan. Dennoch profilierte sie sich seit Beginn der neuen Legislaturperiode im Februar 1987 durch radikale Opposition. Bei der Vereidigungszeremonie der neu gewählten Mitglieder des Hauses wie auch auf der ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode kam es zweimal wegen Streitereien um Geschäftsordnungsfragen zu Turbulenzen mit Handgreiflichkeiten zwischen einigen GMD- und MJD-Abgeordneten. Zwar ist die Opposition nicht in der Lage, ihre politischen Programme per Abstimmung durchzusetzen, aber sie machte es der Regierung bereits schwer, kraft ihrer monopolartigen Mehrheit das Parlament wie einen "Gummistempel" zu benutzen.

Für 1987 gilt die geplante Beendigung des Ausnahmezustandes weiterhin als das wichtigste politische Thema. Bereits am 9. Januar hat der Exekutivyuan (Kabinett) dem Gesetzgebungsyuan zur Vorbereitung einer Aufhebung des Ausnahmezustands die Vorlage eines "nationalen Sicherheitsgesetzes für die Periode der Mobilmachung zur Bekämpfung der Rebellion" unterbreitet. Danach darf eine Zivilperson nicht vor dem Militärgericht angeklagt werden; Demonstrations- und Streikrecht werden nicht eingeschränkt. Jedoch benötigt jeder Bürger für die Aus- und Einreise weiterhin eine Genehmigung der Behörden. Am umstrittensten ist Artikel 2 der Gesetzesvorlage, in dem es heißt, daß Versammlungen und Vereinigungen von Bürgern nicht der Verfassung bzw. der anti-kommunistischen Politik des Staates widersprechen und separatistische Gedanken nicht befürwortet werden dürfen. Diese Definition, die im Vergleich zu den von Staatspräsident Jiang ursprünglich genannten Vorbedingungen für die Gründung einer neuen politischen Partei noch undeutlich wirkt, ist auf allgemeine Kritik gestoßen. Die Opposition lehnt ein nationales Sicherheitsgesetz überhaupt ab, weil sie meint, daß die Regierung dadurch lediglich einen Neuaufbau

des alten Parteiverbots vornimmt. Um die Verabschiedung des neuen Sicherheitsgesetzes im Gesetzgebungsyuan zu verhindern, plante ein Teil der Opposition, auch die GMD, außerparlamentarische Protestdemonstrationen zu mobilisieren.

Auch von Seiten der Regierung sollen bis zur Aufhebung des Ausnahmezustandes neben dem geplanten Sicherheitsgesetz noch das "Sondergesetz zur Regelung der Organisationen von Bürgern während der außerordentlichen Periode" sowie andere betroffene Bestimmungen verändert werden. Falls es keine größeren Störungen gibt, wird eine offizielle Beendigung des Ausnahmezustandes vermutlich erst zu einem späteren Zeitpunkt dieses Jahres kommen. Dennoch soll dies das Vorangehen der Liberalisierung in der politischen Praxis nicht verhindern. Neben der Duldung politischer Aktivitäten der MJD hat die Regierung in den ersten Monaten d.J. zahlreiche bekannte politische Häftlinge vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen sowie mehr Pressefreiheit und eine Justizreform angekündigt.

Angeblich wurde der Liberalisierungskurs vom Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Jiang persönlich gegen den Willen der von den konservativen alten Garden beherrschten Parteiführung eingeleitet. Da Jiang 77 Jahre alt und gesundheitlich nicht in bester Verfassung ist, hängt der Liberalisierungskurs ggf. auch von seinem Nachfolger ab. Entgegen den Spekulationen über eine Machtübergabe an seinen zweiten Sohn, Jiang Xiaowu, beteuerte der Präsident 1985 wiederholt, daß sein Nachfolger nicht aus der Familie Jiang kommen werde. Im Februar des vorigen Jahres wurde Jiang Xiaowu demonstrativ als stellvertretender Handelsrepräsentant Taiwans nach Singapur entsandt. Allerdings hat der Halbbruder des Präsidenten, General Jiang Weiguo (Wego Chiang, 70), im Juni 1986 zur allgemeinen Überraschung das Amt des Generalsekretärs des Nationalen Sicherheitsrats übernommen. Der Nationale Sicherheitsrat ist ein 1967 kraft der provisorischen Verfassungsbestimmungen gegründetes Organ, das sich über die eigentlichen Verfassungsorgane wie den Exekutiv- und den Gesetzgebungsyuan stellt und im Notfall alle Macht auf sich konzentrieren kann; Vorsitzender ist der Staatspräsident.

Jiang Weiguo ist zwar ein Berufssoldat, hat aber eine liberale Einstellung. Auch ein langjähriger Vertrauter des Präsidenten im Kabinett, der Bildungsminister Li Huan, der ebenfalls als potentieller Machtnachfolger Jiang Jinguos gilt, ist bekannt für seine positive Einstellung gegenüber der politischen Liberalisierung.

III. Außenpolitik und chinesisch-chinesische Beziehungen

Zur Zeit unterhält Taiwan noch diplomatische Beziehungen zu 23 Staaten, davon sind eine in Europa (Vatikan), zwei in Asien (Südkorea, Saudi-Arabien), drei in Afrika (Südafrika, Swaziland, Malawi), vier im südpazifischen Raum (Nauru, Salomon-Inseln, Tonga, Tuvalu) und dreizehn in Lateinamerika (Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Panama, Paraguay, Uruguay, St. Christopher/Nevis, St. Lucia, St. Vincent/Grenadinen). Unter den internationalen Organisationen auf Regierungsebene ist Taiwan nur noch in der Asiatischen Entwicklungsbank (Asian Development Bank/ADB) vertreten. Im März vorigen Jahres faßte das internationale Finanzinstitut in Manila den Beschluß, den offiziellen Namen Taiwans von "Republik China" in "Taipei, China" abzuändern, um damit die Aufnahme Beijings als Vertreter Chinas in der Organisation zu ermöglichen. Zwar hat die Regierung in Taipei gegen den Beschluß protestiert, trat aber im Unterschied zu ihrer Reaktion bei ähnlichen Fällen in der Vergangenheit nicht aus der ADB aus. Obendrein zahlte sie den Mitgliedsbeitrag weiter sowie die bereits zugesagte Spende. Allerdings erklärte sie, sie werde sich an keinen Veranstaltungen der ADB mehr beteiligen, sofern keine befriedigende Lösung für die Namensfrage gefunden würde.

Der Name "Taipei, China" wurde allgemein als "Olympia-Modell" bezeichnet, da im Oktober 1979 das IOK als eine der wichtigsten nichtpolitischen Weltorganisationen beschlossen hatte, die nationale Sportorganisation der VR China als neues Mitglied unter dem Namen "Chinesisches Olympisches Komitee" aufzunehmen und gleichzeitig dem "Olympischen Komitee der Republik China" in Taiwan den neuen Namen "Chinesisches Olympisches Komitee Taipei" zu geben. Mit der Bezeichnung "China-Tai-

pei" haben die Sportler aus Taiwan in den vergangenen Jahren nicht nur an internationalen Spielen teilgenommen, sondern auch gegen die Mannschaft aus der VR China gekämpft. Daß Taiwan im letzten August auch ein Team zur Teilnahme an der Basketball-Damenmeisterschaft in Moskau gesandt hat, wurde als ein neues Zeichen der Liberalisierung seiner Sportdiplomatie gewertet. Doch hat die Regierung es damit nicht eilig, denn Sportlern aus kommunistischen Staaten verweigert sie nach wie vor die Einreise nach Taiwan zur Teilnahme an internationalen Spielen.

Das größte politische Spektakel für alle Chinesen im Jahr des Tigers war die Entführung einer Frachtmaschine der staatlichen Fluggesellschaft Taiwans CAL (China Airlines) vom Typ Boeing-747 nach dem chinesischen Festland und die darauf erfolgten Verhandlungen zwischen der CAL und der Luftfahrtbehörde der VR China CAAC (Civil Aviation Administration of China). Am 3. Mai wich die Maschine von ihrer Flugroute Singapur-Bangkok-Hongkong-Taiwan ab und landete in Guangzhou (Kanton). Der 56jährige Pilot Wang Xijue, der in Taiwan Frau und Kinder hat, erklärte zur Motivation seiner Flucht, er wolle nach 40 Jahren Trennung seinen 82jährigen Vater sowie seine drei Brüder in der Heimatprovinz Sichuan wiedersehen. Um zu ermöglichen, daß die beiden anderen Besatzungsmitglieder, der Kopilot und der Bordmechaniker, die nicht in der VR China bleiben wollten, und die 60 Mio. US-\$ teure Maschine an Taiwan zurückgegeben werden konnten, bat die CAAC die CAL, eine Verhandlungsdelegation nach Beijing zu senden. Taiwan wies diesen Vorschlag zunächst zurück und wandte sich an die Hongkonger Fluggesellschaft "Cathay Pacific Airways" und das Internationale Rote Kreuz um Vermittlung. Da aber Beijing wiederum indirekte Verhandlungen ablehnte, wurden nach zweiwöchiger Verzögerung schließlich vom 17. bis 19. Mai 1986 die "Geschäftsgespräche" zwischen CAL und CAAC in Hongkong - die historische erste chinesisch-chinesische Begegnung seit 1949 abgehalten. Gemäß der Verhandlungsvereinbarung wurde am 23. Mai die Übergabe der Maschine und der betroffenen Besatzungsmitglieder ebenfalls in Hongkong durchgeführt.

Seit 1979 forderte Beijing Taiwan unermüdlich auf, "Drei Verbindungen" (Santong) - Handel, Post und Verkehr - aufzunehmen. Dies wurde immer nur mit "Drei Neins" aus Taiwan beantwortet: Nein zum Kontakt, Nein zur Verhandlung und Nein zum Kompromiß. Die Gespräche zwischen der CAL und der CAAC wurden von der Regierung in Taipei nur als Ausnahmefall bezeichnet. Die "Drei-Nein-Politik" bliebe, so hieß es, unverändert.

Dennoch schränkt Taiwan seine Ablehnungspolitik längst ein; indirekte Verbindungen wie z.B. Handel mit dem chinesischen Festland über Hongkong, Singapur, Japan oder andere Drittländer werden seitens der Regierung nicht mehr verhindert. Darüber hinaus ist es auch nicht mehr in jedem Fall kriminell, wenn Bürger auf Umwegen mit Verwandten drüben Briefe austauschen oder diese heimlich besuchen.

Bei seinem jüngsten Chinabesuch sagte US-Außenminister George Shultz am 5. März 1987 in Shanghai: "Für unsere Seite begrüßen wir alle Entwicklungen, einschließlich des indirekten Handels und Zunahme der Kontakte zwischen den Menschen, die zur Verminderung der Spannungen in der Taiwan-Straße beitragen. Unsere standhafte Politik strebt danach, ein Klima zu schaffen, in dem sich solche Entwicklungen weiterhin fortsetzen können." Dies wurde allgemein als Druck von seiten der USA auf Taiwan für eine Beschleunigung der chinesisch-chinesischen Entspannung betrachtet.

Am 18. April 1987 kritisierten auch mehrere zur Regierungspartei gehörende Abgeordnete im außenpolitischen Ausschuß des Gesetzgebungs Yuan die "Drei-Nein-Politik", weil sie für viele getrennte Familien unmenschlich sei. Dazu sagte Außenminister Zhu Fusong in seiner Antwort auf eine Anfrage, daß die Umstände es zur Zeit noch nicht erlaubten, Besuche von Verwandten auf dem chinesischen Festland und Postverkehr mit drüben für die Bürger zu ermöglichen. Aus dieser Bemerkung kann man aber wohl schließen, daß dies zu einem späteren Zeitpunkt durchaus für machbar gehalten wird. Jedenfalls ist die "Drei-Nein-Politik", obwohl von Zhu immer noch als höchste Richtlinie der Außenpolitik Taiwans bezeichnet, nicht mehr unantastbar. Vielleicht wird man noch in diesem Jahr wissen, "wie der Hase läuft."